

Posener Zeitung.

Donnerstag den 11. Juli.

Nº 159.

1850.

Inhalt.

Posen (Politischer Rückblick).
Deutschland. Berlin (d. Ausweisung d. Dr. Zimmer; Protokoll betreff. d. Aufhebung d. Schleswig-Holstein. Besetzungs-Verhältnisses; wesentlicher Inhalt d. Dän. Friedens; Abrechnung d. vertraul. Verhandl. mit Oesterl.; Berichtig. hinsichtl. d. Friedensratifikation; Preu. Observations-Corps in Mecklenburg; neues Provisorium d. Union; Requisition d. Greifswald. Gerichts; eine literarische Arbeit Minutoli's); Potsdam (d. deutschkathol. Prediger ausgewiesen); Aachen (Durchreise d. Prinzen von Preußen); Kiel (Proklamation d. Stathalterschaft); Frankfort (Bildung eines engen Naths seit. Oesterreichs); Kassel (Verständigung zwischen d. Kurfürsten u. Hessenflug).
Oesterreich. Wien (Reisepässe für heimkehrende Magyaren; Einführung d. Tabakmonopols in Ungarn).

Frankreich. Paris (erste Ursache von Peel's Tod; polit. Verhaft; Brandstiftungen in Pointe-à-Pitre; Repräsentanten-Duell; Rücktritt d'Hautpoul's; beabsichtigtes Attentat auf L. Napoleon).

England. London (Unterhaus: Ade Russells üb. d. Tod Peel's).
Belgien. Brüssel (d. Handelsvertrag mit d. Börsverein aufgesündigt).

Türkei. Smyrna (Episoden d. Reise d. Sultans).

Locales. Posen; Aus d. Grafschäfer Kr.; Bromberg.

Musterung vnl. Zeitschriften.

Skizzen aus Belgien.

Theater. — Kunst-Notiz. — Anzeigen

Berlin, den 10. Juli. Der Kreis-Chirurgus Sichtig zu Borsig ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Züllichau-Schwiebus versetzt worden.

Der Staats-Anzeiger enthält in seiner heutigen Nummer das Nessert-Neglekt für die evangelische Kirchen-Verwaltung.

Berlin, den 9. Juli. Das am 2. Juli festgestellte Protokoll, betreffend die Aufhebung der aus der Waffenstillstands-Konvention vom 10. Juli hervorgegangenen Besetzungs-Verhältnisse in den Herzogthümern, dessen Ratifikation am 6. d. M. ausgewechselt worden, lautet, wie folgt:

Protokoll zwischen Preußen und Dänemark.

Se. Majestät der König von Preußen und Se. Majestät der König von Dänemark, welche den Frieden zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark durch den heute von Ihren Bevollmächtigten unterzeichneten Vertrag abgeschlossen haben, sind außerdem über folgende stipulationen übereingekommen:

Artikel I. Unmittelbar nach Auswechselung der preußischen und dänischen Ratifikation des gegenwärtigen Protokolls wird Se. Majestät der König von Preußen die preußischen Truppen vollständig aus den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg zurückziehen, welche, nach Artikel IV. der Waffenstillstands-Konvention vom 10. Juli 1849, in dem südlichen Schleswig stehen. Die neutralen Truppen, welche sich nördlich von der Demarkationslinie befinden, werden Schleswig gleichzeitig mit den preußischen Truppen verlassen. Se. Majestät der König von Preußen verpflichtet Sich, den militärischen Maßregeln kein Hindernis in den Weg zu legen, welche nach der Räumung des Herzogthums Schleswig von der dänischen Regierung in diesem Herzogthum ergriffen werden möchten. Ghe die preußischen Truppen ihren Rückzug aus dem Herzogthum Schleswig bewerkstelligt haben, wird Dänemark keine Streitkräfte auf den Kontinent dieses Herzogthums rücken lassen, es sei denn, daß die holsteinischen Truppen denselben betreten. Auf alle Fälle werden die dänischen Truppen die Demarkationslinie nicht überschreiten dürfen, bevor die preußischen Truppen, nach Maßgabe des folgenden Artikels, Schleswig nicht vollständig geräumt haben.

Artikel II. Elf Tage nach Austausch der preußischen und dänischen Ratifikation des gegenwärtigen Protokolls, sollen die preußischen Truppen die Gränze überschritten haben, welche Schleswig von Holstein trennt. Elf Tage nach diesem letzteren Termine sollen sie die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verlassen haben.

Artikel III. Die hohen Kontrahenten verpflichten sich, vorliegendes Protokoll zu ratifizieren und die Ratifikationen in Berlin auswechseln zu lassen, in dem Zeitraum von acht Tagen oder, wenn möglich, früher.

Gegeben Berlin, den zweiten Juli achtzehnhundertfünfzig.
(Ges.) Westmorland. Usedom. F. von Pechlin. Reed. A. W. Scheel.

Politischer Rückblick.

In Deutschland gelangen die politischen Verhältnisse immer noch nicht zu einer erfreulichen Klarheit. Die Errichtung der Union ist gegenwärtig mehr bedroht, als je. Oesterreich hat nämlich an Preußen die Proposition gestellt, daß die Union suspendirt werde, in diesem Falle wolle es das Präsidialrecht aufgeben, und den Charakter des Plenums in Betreff der Frankfurter Versammlung fallen lassen. Es scheint fast, als ob Preußen auf diese Vorschläge einzugehen gesonnen sei, obgleich es dadurch mit seinen bisherigen Bestrebungen in einen gewissen Widerspruch gerathen würde. Der Abfall der beiden Hessen von der Union ist, nach dem Abtreten des Ministeriums Taup in Darmstadt, nun wirklich erfolgt. Die Frankfurter Versammlung kann übrigens auch noch immer keinen rechten Fortgang gewinnen, und ihre Auflösung scheint nahe bevorzustehen. Der Ausschuß hat den Verfassungs-Entwurf beendet, so daß er nächstens im Plenum zur Rathung kommen wird. In derselben sind der Union alle Beugnisse einer politischen Körperschaft aberkannt, und das Parlament ist gestrichen. Der Preußischen Regierung ist nur noch die Thür zum alten Bundestage offen gelassen, welcher wesentlich hergestellt ist. Oesterreich ist wieder mit dem lockenden Vorlage eines Handels- und Börsvereins mit Deutschland hervorgetreten. Das Fürsten-Kollegium in Berlin entwickelt noch fortwährend die regste Thätigkeit, es hat unter Anderm das Heimaths- und das Auswanderungsgesetz berathen; aber es ist kein günstiges Zeichen für die Union, daß die definitive Konstitution der Unions-Regierung noch immer hinausgeschoben wird.

Von der Berufung des Erfurter Parlaments verlautet nichts. Hannover hat auf seine Note an die Hansestädte und an Oldenburg, worin es diese Staaten zur Bildung eines Norddeutschen Handels- und Börsvereins aufforderte, von denselben sehr energische Erwiderungen und Zurechtweisungen erhalten, aber es hat dessen umgeachtet seine Absichten noch nicht ausgegeben, und verharrt in seiner Sonderstellung.

In der auswärtigen Politik Preußens herrscht große Regsamkeit. Mit Dänemark ist am 2. Juli ein Friede abgeschlossen worden: die preußischen und schwedischen Truppen verlassen Schleswig, für die Gesetz ist ein Waffenstillstand bewilligt. Preußen übernimmt die Garantie für die Nichtintervention deutscher Regierungen in Schleswig-Holstein. Bestätigt sich die durch alle Zeitungen gegangene Nachricht, daß die vier Großmächte, England, Russland, Frankreich und Oesterreich, einen Traktat abgeschlossen haben, welcher die Integrität des dänischen Gesamtstaates garantirt, so würden fortan demnach nicht allein Dänemark, sondern auch die Herzogthümer Schleswig-Holstein gewissermaßen unter russisches Protektorat gestellt sein. Der Besuch des Königs von Sachsen in Sanssouci dürfte auf die Unionsverhältnisse wohl eher einen ungünstigen, als günstigen Einfluß geübt haben, eben so wie die Geschäftigkeit der russischen Diplomaten in Berlin, Dresden und Wien, die sich in der verlorenen Woche so sehr bemerkbar gemacht hat.

Von dem Kriminalsenat des Obertribunals ist die Reichenbachsche Sache dahin entschieden worden, „daß das Erkenntnis des Gerichts zu Breslau zu vernichten, der Unkompetenz-Einwand zu verwiesen, und die Sache vor das Gericht zu Breslau zu verweisen ist, um auf Grund des von den Geschworenen ausgesprochenen „Schuldig“ in der Sache selbst zu erkennen.“ In Brandenburg ist die abermalige Verurtheilung Zieglers erfolgt.

In Württemberg ist die Landesversammlung wieder zusammengetreten, hat die Anklage des Ministeriums, wegen seiner verfassungswidrigen deutschen Politik, beschlossen, und die Steuern nur auf zwei Monate bewilligt, worin die Regierung, welche die Bewilligung der Steuern auf vier Monate verlangte, eine Steuerverweigerung sieht. Das Ministerium ist abgetreten, die Landesversammlung aufgelöst, und wohl eine Oktroirung zu erwarten.

In Baden ist der Abschluß einer Militär-Konvention mit Preußen nicht zu Stande gekommen; das badische Militär wird daher nicht, wie es beabsichtigt war, nach preußischen Garnisonen verlegt werden, es bleibt in Baden zurück.

In Hessen-Kassel hat sich die Nachricht, daß der Premier-Minister Hessenflug entlassen, und gleichzeitig aus der Frankfurter Versammlung abberufen sei, nicht bestätigt. Das Finanz-Ministerium hat die Einforderung und Beitreibung der vom 1. Juli fälligen direkten Steuern eingestellt. Die Kammer sind noch nicht einberufen.

In Mecklenburg-Schwerin ist die Kammer der Abgeordneten kurz vor dem Termin ihres Wiederzusammentrettes aufgelöst, und die neuen Wahlen sind auf den 26. August festgesetzt worden. Mit dem 1. Juli war die Bewilligung der Steuern zu Ende, aber die meisten Steuerpflichtigen zahlen dieselben auch unbewilligt fort.

In Schleswig-Holstein ist die Sache endlich zur Entscheidung gekommen. Nach Abschluß des Friedens zwischen Dänemark und Preußen räumen die preußischen und schwedischen Truppen Schleswig, und die Dänen stehen im Begriff, vom Norden her in dasselbe einzurücken, die Schleswig-Holsteiner vom Süden her. Dies ist zugleich der Beginn eines Krieges zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein, dessen Ausgang sich nicht mit Sicherheit vorhersagen läßt. In den Herzogthümern herrscht die größte Begeisterung für ihre gerechte Sache. Alle Männer vom 19. bis zum 30. Jahre schaaren sich freudig und siegesgewiß um das deutsche National-Banner. Viele preußische Offiziere sind in schleswig-holsteinische Dienste getreten. Die russische Flotte kreuzt in den Gewässern von Kopenhagen. Die dänische Armee zählt 36,000 Mann; ein Drittel steht in Jütland, an der Grenze von Schleswig, das zweite Drittel auf der Insel Fünen, und das dritte Drittel auf der Insel Alsen.

In Oesterreich hört man nur Klagen über die furchtbare Finanznot. Die Ausgaben haben im vorigen Quartal die Einnahmen um mehr als 18 Millionen Gulden überstiegen. Das Grundgesetz für die kroatisch-slavonische und banatisch-serbische Militärgrenze, sowie die Gerichts-Organisation für Kroatien, sind veröffentlicht worden.

In Frankreich hat das Ministerium in der National-Versammlung durch Vertagung des Maire-Gesetzes abermals eine Niederlage erlitten. Die Kommission für das Preßgesetz hat ihren Bericht vor der National-Versammlung niedergelegt, und hohe Kautioinen für die Zeitungen beantragt. Die diplomatischen Verbindungen mit England sind wieder angeknüpft, indem der französische Gesandte bereits nach London abgereist ist. Das sozialistische Komplott zu Oran stellt sich als gefährlicher heraus, als es Anfangs schien. In Lyon sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

In England wird das liberale Ministerium nicht abtreten, wiewohl das Vertrauens-Votum des Unterhauses mit einer geringen Majorität durchgegangen ist. Dem Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston, gehen aus dem ganzen Lande zahlreiche Beweise des Befalls und der Zuständigkeit mit seiner bisherigen Politik zu. Am 27. Juni fand ein abscheuliches Attentat auf die Königin von England statt, indem ein Mann, Namens Robert Peal, ihr mit einem Stock einen Schlag ins Gesicht versetzte. Der berühmte Robert Peel ist vom Pferde gestürzt, und in Folge dessen gestorben. Die Trauer um den ganz Europa hochgeschätzten Staatsmann, ist eine bei allen Parteien gleich groß. Dem Prinzen von Preußen ist in London der glänzendste Empfang zu Theil geworden.

Im Kirchenstaat herrscht die größte Unsicherheit der Personen und des Eigentums. Eine förmlich organisierte Raubarmee, welche 4 Kanonen mit sich führt, hat Alles beunruhigt und in Schrecken gesetzt. Die österreichische Polizeiwirthschaft entfremdet das Volk immer mehr der päpstlichen Regierung.

Deutschland.

¶ Berlin, den 9. Juli. Die vor Kurzem erfolgte Verurtheilung des Redakteurs der Nationalzeitung, wegen einer Bemerkung über die Auslieferung des Dr. Zimmer, hat die Erinnerung an diesen Letzteren wieder lebendig gemacht. Derselbe wird dem, von der sächsischen Regierung gleichfalls an Oesterreich ausgelieferten, Batum gegenüber gestellt werden, da ein Brief aufgefunden worden ist, aus dessen Inhalten die Verbindung der beiden Männer hervorgehen soll. — Wahrscheinlich wird der Oberbürgermeister Naunyn seinen jetzigen Posten nur noch so lange behalten, bis die neue Gemeindeordnung ins Leben tritt, und das ist auch wohl der Grund, weshalb von einem etwaigen Nachfolger noch nichts verlautet.

Berlin, den 8. Juli. (Const. Ztg.) Der wesentliche Inhalt des zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde geschlossenen Friedens ist nach der Nord. Ztg. folgender:

Nach den üblichen Eingangssätzen wird bestimmt, daß in Bezug auf die Herzogthümer der Status quo vor 1848 hergestellt werden solle. Beide Kontrahenten wahren sich ihre Rechtsansprüche, die in einem besonderen, dem betreffenden Artikel angeschlossenen Protokoll formulirt sind, wobei von Deutscher Seite ausdrücklich Bezug genommen ist auf den Bundesbeschluß vom 17. September 1846. Von den Maßregeln, welche die Dänische Regierung betreffs der Herzogthümer vornehmen will, hat dieselbe dem Deutschen Bunde Kenntniß zu geben; in Bezug auf Holstein darf sie nicht eigenmächtig handeln, sondern muß, wenn sie mit diesem Herzogthum sich friedlich nicht verständigen kann, bevor sie zu Gewaltmaßregeln schreitet, die Intervention des Bundes anrufen; nur wenn diese nicht erfolgt, darf sie Zwang anwenden. Richtig interpretiert kann diese Bestimmung nur werden im Zusammenhange mit der von Deutscher Seite vorbehalteten Rechtsverwahrung auf Grundlage des Bundesbeschlusses von 1846. Es kann also jene Intervention des Bundes gegen Holstein nicht erfolgen, wenn Dänemark im Widerspruch mit dem Bundesbeschluß von 1846 die Verbindung der Herzogthümer trennen will; sie muß sich vielmehr dann verwandeln in eine Intervention gegen Dänemark. Sodann wird festgesetzt, daß zur Regulirung etwaiger Gränzstreitigkeiten (wohl also Rendsburg gemeint ist) binnen sechs Monaten eine Kommission zusammenentreten soll. Schließlich wird in Betreff der Ratifikation angeordnet, daß sie spätestens binnen 3 Wochen erfolgen soll. Dieser Termin hat natürlich deswegen gestellt werden müssen, weil sämtliche Deutsche Staaten sich erklären müssen. Erst mit diesen zusammen wird auch Preußen ratifizieren. So weit der Friedensstraktat. Außer ihm ist jedoch noch ein besonderes Protokoll entworfen, welches die Art und Weise der Räumung der Herzogthümer näher feststellt und natürlich auf Deutscher Seite nur für diejenigen Staaten Bedeutung hat, welche die Konvention vom 10. Juli geschlossen, resp. anerkannt haben.

Das Protokoll muß binnen acht Tagen ratifiziert werden. Es geht fest, daß Schleswig binnen 11 Tagen nach erfolgter Ratifikation von den Skandinavischen und Preußischen Truppen geräumt werden muß; Erstere gehen nach Jütland, Letztere nach Holstein. Innerhalb dieser 11 Tage dürfen Dänische Truppen nicht in Schleswig eindringen, außer in dem Falle, daß die Schleswig-holsteinische Armee einrückt. So lange die Preußischen Truppen in dem Herzogthume sind, dürfen die Dänen die Demarkationslinie nicht überschreiten. Es folgt daraus, daß die Schleswig-holsteinische Armee die Positionen in dem südlichen Theile des Herzogthums einnehmen kann, bevor die Dänen dasselbe betreten. Freilich hängt dies auch davon ab, wie lange die Preußen in Südschleswig bleiben. Binnen anderer 11 Tage muß aber auch Holstein und Lauenburg von den Preußen geräumt sein. Es hängt nun von Oesterreich ab, ob binnen 3 Wochen ein Bundesfriede unter Wahrung der Ansprüche Holsteins auf Verbindung mit Schleswig zu Stande gekommen ist, oder ob dann der ganze Bund im Kriege mit Dänemark ist.

Die vertraulichen Verhandlungen mit Oesterreich sind gänzlich abgebrochen, und nach Wien die Eröffnung gegangen, daß das Frankfurter „Plenum“ nur fleißig arbeiten solle, um seine Vorschläge den übrigen Regierungen mittheilen zu können. Außerdem ist der Beschluß gefasst, daß die Unionsregierungen auch ferner dem „Plenum“ gegenüber, das sie nicht anerkennen, gemeinsam handeln wollen, daß sie nach innen und außen sich als eine Einheit betrachten und die schon mehrfach besprochenen Gesetz-Entwürfe im Fürsten-Kollegium werden berathen lassen.

— (E.-B.) Der Präsident des Bundesbeschlagsgerichts in Erfurt, Staatsminister a. D. Dr. v. Diesberg, befindet sich seit gestern hier. Dem Vernehmen nach würde derselbe auch in der ihm zugeschriebenen Stellung eines Oberpräsidenten der Provinz Westfalen den Vorsitz im Bundesgericht fortführen.

— (Wiss. Ztg.) Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Minutoli, der die unfreiwillige Muße, in die er sich seit dem Jahre 1848 versetzt sieht, zu manigfachen literarischen Arbeiten, namentlich die Hausgeschichte der Hohenzollern betreffend, benutzt, hat sich auf Veranlassung des vor mehreren Monaten verbreiteten Gerüsts von dem Wiederauftreten der „weißen Frau“ im Königlichen Schlosse mit einer Untersuchung des Ursprungs dieser Sage und der Beobachtungen, die in Bezug auf dieselbe gemacht sein wollen, befaßt. Er hat die vorhandenen Traditionen bis zum Jahre 1486 zurück verfolgt. Diese Arbeit wird in wenigen Tagen die Presse verlassen. — Kinkels Abfahrt nach Lorgau hat nicht stattgefunden.

Berlin, den 9. Juli. Die Deutsche Reform enthält folgendes: „Unsere geistige Nachricht über die eingelaufene Ratifikation in der Dänischen Friedens-Anglegenheit ist dahin zu berichtigen, daß nicht der im Namen Deutschlands abgeschlossene Friedensvertrag ratifiziert worden, sondern daß am 6. Juli der Austausch der Ratifikationen des zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Protokolls vom 2. Juli stattgefunden hat, welches die aus der Waffenstillstandskonvention herührenden Besetzungsverhältnisse regelt. Dieses Protokoll wird sicherem Vernehmen nach sofort im Staats-Anzeiger erscheinen. Für die Na-

Oesterreich.

ifikation des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Dänemark ist der Termin auf drei Wochen festgesetzt.

— (Berl. N.) In Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen gehen uns folgende Mittheilungen zu. Die Reise des Grafen Bernstorff nach Berlin war hervorgerufen durch eine Oesterreichische Note vom 22. Juni, welche sich gewissermaßen als ein Ultimatum ankündigte. Oesterreich erklärte darin, auf die Bildung einer interimistischen Centralgewalt auf der Basis des Dualismus einzugehen, und im Vorstoss mit Preußen alternieren zu wollen, verlangte aber, daß dieser Centralgewalt die volle Befugnis des engeren Rathes des Bundestages überwiesen werde, daß sie bis zur Konstituierung eines Definitivums fortdueren, und daß Preußen sich inzwischen jedes Vorbreitens in Angelegenheiten der Union enthalten solle. Auf diese drei Bedingungen glaubte Preußen nicht eingehen zu können. Es wollte die Befugnisse des neuen Interims höchstens auf das Maß ausdehnen, in welchem die bisherige interimistische Centralgewalt sie ausgeübt hatte; und die letzte Forderung hielt Preußen für völlig unvereinbar mit seiner Ehre und seinen Pflichten gegen die Union. So wurden die Oesterreichischen Vorschläge entschieden abgelehnt, und Oesterreich sollte aufgefordert werden, in Frankfurt die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Interims auf der von ihm selbst zugestandenen Basis zu eröffnen; sollte eine ablehnende Antwort Seitens des Oesterreichischen Kabinetts erfolgen, so würden die Preußischen Bevollmächtigten aus Frankfurt sofort abberufen werden. Hieraus sieht man, daß Preußen bemüht ist, eine baldige Entscheidung über den gegenwärtigen unhalbaren Zustand herbeizuführen. — Das Korrespondenz-Bureau enthält Folgendes: In diesen Tagen ist von einer Zeitung der Text des Briefes mitgetheilt worden, den Se. Majestät der König von Preußen am 24. März 1848 dem Herzog von Augustenburg geschrieben. Es sind in diesem Briefe drei Sätze als unzweifelhafte Rechte der Herzogthümer hervorgehoben, nämlich: 1) daß die Herzogthümer selbständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, und 3) daß der Mannstamm in den Herzogthümern herrscht. Da der Text des neuesten Friedensvertrages noch immer zu irrgen und übertriebenen Konjekturen Veranlassung gibt, so glauben wir der öffentlichen Meinung einen Dienst zu erweisen, wenn wir die aus sehr guter Quelle uns mitgetheilte Sicherung wiedergeben: "Dass das Friedens-Instrument nicht ein einziges Wort enthalte, welches diesen drei Sätzen in dem Königlichen Briefe widerspricht oder auch nur Eintrag thut." — Dem Vernehmen nach, sagt die „N. Pr. Zeit.“, wird Preußen seine, in Folge des bereits ratifizierten Protolls aus Schleswig zurückkehrenden Truppen als Observations-Korps auf Mecklenburgischem Gebiet an der Holsteinischen Grenze aufstellen. — Von dem General v. Willisen ist hier ein Brief angelangt, welcher den Friedens-Abschluß mit dem Vertrauen, daß die Herzogthümer ihre Sache selbst durchführen werden, begrüßt. Eine wohlgeübte und disziplinierte Armee von 40,000 Mann ist bereit, Alles zu wagen, um das gute Recht der Herzogthümer zu vertheidigen. — Wir wiesen schon in unserem letzten Blatte darauf hin, daß die Union für jetzt nicht bestimmt sei, aus dem Stadium des Provisoriums in das Definitivum überzugehen, und können heute melben, daß die dreimonatliche Verlängerung des Provisoriums jetzt definitiv beschlossen ist. Deshalb sind die ferneren Verhandlungen des Fürstenkollegiums fortan von keiner großen prinzipiellen Wichtigkeit, denn diese wäre nur vorhanden gewesen, sobald das Definitivum beschlossen worden wäre. — Der Minister des Innern hat unter dem 25. v. M. die in Leipzig erscheinende Zeitschrift: „Deutsche Reichsschreiber“, und unter dem 28. v. M. den in Lemgo erscheinenden „Volksfreund“ für den Umgang der Preußischen Monarchie verboten. — Man erwartet in Kürzem die Verfassung einer Generalsynode der Protestantischen Landeskirche, welcher ein Entwurf zu einer Verfassung der evangelischen Kirche in Preußen zur definitiven Feststellung vorgelegt werden würde. — Das Greifswalder Gericht soll nach Kurhessen eine Aufforderung zur Vollstreitung des, von ihm unlängst gegen den Kurhessischen Premierminister Hassenpflug gefallten, Strafurtheils erlassen wollen.

Potsdam, den 7. Juli. (Berl. N.) Wie wir glaubhaft vernommen, ist der Deutschkatholische Prediger Ahrensdorf ausgewiesen und vorgestern Abend abgereist. Es wird behauptet, der Grund seiner Ausweisung habe in einer nicht gebilligten Richtung seiner Lehrvorträge und der Art seiner Bekehrung bei dem Leipziger Deutschkatholischen Kongreß gelegen.

Aachen, den 8. Juli. (Sel. Dep. d. D. Ref.) Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen sind heute Nachmittag gegen 3 Uhr hier eingetroffen und nach Empfang der Behörden am Bahnhofe, ohne die Stadt zu berühren, nach Köln weiter gereist.

Kiel, den 8. Juli. Die Stathalterchaft hat eine Proklamation erlassen, deren wesentlicher Inhalt folgend ist:

"Der Friedensvertrag enthält die Anerkennung der Rechte unseres Landes und überläßt es den Herzogthümern selbst, diese Rechte unverhindert zu schützen. Das hartbedrangte Schleswig wird unseres Schutzes nicht entbehren. Wir sind der friedlichen Ausgleichung nicht entgegen; bei einem Dänischen Einbruch in Schleswig, unter welchem Vorwände er auch geschehe, folgt die Gegenwehr; denn wohlgerüstet steht unsere Armee. Die Stathalterchaft hält fest und treu am Rechte des Landes und seines angehörmten Landesherrn." (Sel. Cor. B.)

Frankfurt a. M., den 6. Juli. Oesterreich beabsichtigt nicht, falls es sich mit Preußen nicht verständigen sollte, einseitig eine neue provisorische Centralgewalt einzuführen; es will in solchem Falle den engeren Rath bilden. Was dieser nun solle, ist uns ein Rätsel, aber das weiß man in Wien auch nicht. Wo der Rechtsboden für diesen engeren Rath vorhanden sei, wissen wir noch weniger. Ferner hat Oesterreich wieder einen Publizisten gewonnen. Der württembergische Hofrat Franz Dingelstedt hat die Redaktion der „Wiener Reichszeitung“ übernommen, wie ihm mit höchst gutmütigem Worte Aehnliches einst von Georg Herwegh prophezeit worden ist. Beide Nachrichten dürfen wir als zuverlässig mittheilen. (Fr. I.)

Kassel, den 6. Juli. Das Frank. Journ. schreibt: Herr v. Hassenpflug wird nicht ans dem Ministerium treten. Eine Verhandlung zwischen ihm und dem Kurfürsten ist erfolgt. Die Differenzen zwischen ihm und dem Kurfürsten bezogen sich, wie man vernimmt, vornehmlich auf innere Angelegenheiten. Sie sollen vollkommen beigelegt sein. Was die Greifswalder Angelegenheit betrifft, so wird dieselbe nicht vor dem erfolgten Ausspruch der Appellations-Instanz in Betracht gezogen werden. So viel kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß sie die so eben beendigte Krise nicht verschuldete. Ein energischeres Auftreten Kurhessens in Frankfurt wird als eine wahrscheinliche Folge der letzten Krise gehalten. Der Kurfürst soll mit dem etwas lauen Hassenpflug's in der deutschen Angelegenheit nicht einverstanden gewesen sein.

Wien, den 5. Juli. (Wanderer.) Allen nicht besonders kompromittirten Magyaren, welche nach der Revolution flüchtig wurden, wird die Bewilligung zur Rückkehr in ihr Vaterland anstandslos ertheilt und durch Verabfolgung von Reisepässen erleichtert, wenn von denselben um diese Bewilligung angeucht wird. — Die israelitischen Gemeinden in Mähren werden ein theologisches Seminar gründen und dazu einen Theil des über eine halbe Million betragenden Landesmassa-Tons verwerden. — In Linz erscheint ein neues Blatt: „die Abramischen Pfefferküsse“ genannt. — Dem Vernehmen nach unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Regierung die Einführung des Tabakmonopols in Ungarn beschlossen habe. Die diesfälligen Verhandlungen erstrecken sich daher nur auf die Art und Weise der Durchführung dieses Beschlusses und auf die Festsetzung des Zeitpunktes derselben. — Fortwährend erneuert sich das Gerücht von einer Trennung des Kultusministeriums von dem des Unterrichts, und von der Übertragung des letzteren an den ehemaligen Minister der öffentlichen Arbeiten, Hrn. von Baumgartner. — Am 15. d. M. findet in Dresden eine kommissionelle Verhandlung zwischen Oesterreich, Preußen, Bayern und Sachsen statt, welche die Abschließung eines Telegraphen-Vereins zum Gegenstande hat, in Folge dessen die Expedition telegraphischer Depeschen nach gleichen Grundsätzen stattfinden werde. Der Oesterreichische Abgeordnete, dessen Ernennung erst erfolgt, geht nächste Woche, mit Instruktionen und Vollmachten versehen, nach Dresden ab.

Frankreich.

Paris, den 5. Juli. (Köln. Ztg.) Man vernimmt, daß die erste Nummer des von Ledru-Rollin, Mazzini u. redigirten „Proscrit“, welche gestern in einer ziemlichen Anzahl von Exemplaren hier eintrat, gar nicht an die Besteller ausgegeben werden konnte, weil die Polizei sie sofort mit Beschlag belegte. — Nach Privatbriefen aus London war die erste Ursache des Todes von Sir R. Peel eine Ohnmacht, die ihn auf seinem Spazierritte in Folge der zu großen nächtlichen Anstrengung bei der Unterhaus-Debatte über die griechische Angelegenheit befiel. Der „National“ berichtigt hente eine seiner biographischen Notizen über Sir R. Peel dahin, daß schon dessen Vater im Jahre 1800 von Pitt die Baronetswürde erhielt, welche der Sohn erst im Jahre 1830 nebst einem Vermögen von 1,200,000 Pf. Sterling erbte. — Einige neue Amendements zum Presßgesetz, an dessen Annahme man trotz der Opposition fast aller Journale wenig zweifelt, sind auf dem Bureau der National-Versammlung niedergelegt worden. — Man spricht von neuen politischen Verhaftungen, welche dieser Tage zu Toulouse, Beziers, Lyon und Marseille statt gefunden haben. — Der Unterpräfekt des Bezirks von Avesnes (Nord-Departement), Hr. Gase, hat den sämtlichen Nationalgarden seines Verwaltungsbereichs verboten, sich in Masse und bewaffnet bei den Kirmessen und sonstigen Lustbarkeiten in Städten und Dörfern einzufinden. — Wie es heißt, wollten unsere Behörden von den englischen die Auslieferung Libri's begehen; er ist jedoch zuvorgekommen und hat sich von London nach Hamburg begeben, wo er sich nach America eingeschiff haben soll. — Eine Gewehrkapsel-Fabrik am Gehölz von Mendon ist gestern in die Luft geslogen; das Gebäude ward zerstört und mehrere Personen wurden getötet oder verwundet. — Man schreibt aus Pointe-a-Pitre vom 5. Juni: "Der Urheber einer der Brandstiftungen vom 5. Mai, Namens Sirsième, ist vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt worden. Ein anderer Angestellter, den der Verurtheilte aus Rache kompromittiren wollte, ist freigesprochen worden. Wir sind mit den Mordbrennern noch nicht fertig. Vorgestern um halb 2 Uhr Nachmittags bemerkte man noch bei Zeiten, daß an mehreren Punkten eines Daches wohlangelegte Feuer bestanden. Die Justiz und die Gendarmen waren sofort auf den Beinen und in Folge verdächtiger Anzeichen wurde ein Frauenzimmer, das Tags vorher bei dem Mietshaus des Hauses in Dienst getreten war, verhaftet. Allein dies ist nicht alles. In demselben Hause wird 8 Uhr Abends abermals eine Matrone in Brand gestellt, die express unter das Dach gebracht worden war. Man bemerkte es bei Zeiten, man umstellt das Stadtviertel und verhaftet zwei Schwarze, wovon der eine sehr gut gekleidet war. Es fragt sich, ob dies die wahren Schuldbären sind. Um 1 Uhr Nachts entstand wieder Feuerlärm ganz nah bei demselben Hause. In verslossener Nacht haben wieder drei wohl charakterisierte Versuche zu Brandstiftungen Statt gesunden."

In Folge des Umstandes, daß die Montagnards bei der gestrigen Vorstandswahl eine Anzahl Stimmen auf den neulich mit Censur und dreitägiger Ausschließung aus der National-Versammlung bestrafsten Unter-Lieutenant Valentin übertragen hatten, um ihn zum Sekretär der National-Versammlung zu machen, entstand eine heftige Scene zwischen mehreren Repräsentanten, die mit einem Duell endigte. Ein General (wie es heißt, der Kriegs-Minister) äußerte sein Bedenken über das Votum der Montagnards gegen mehrere seiner Collegen von der Majorität. Baume (von der äußersten Linken), der die Anerkennung des Generals mit angehört hatte, näherte sich ihm lebhaft, um ihm zu antworten. Ein Mitglied der Majorität, de la Devansaye, hielt Hr. Baume auf, indem er ihn beim Arme oder bei der Schulter fasste. Hieraus entstand zwischen Beiden ein kurzer, aber heftiger Wortwechsel, der ein Duell unvermeidlich machte. Hr. de la Devansaye nahm zu Scindauten die Repräsentanten Bouvier und Giraud, Baume die Repräsentanten Schöler und Baudin, und man begab sich sofort in das Waldchen von Boulogne. Die gewählte Waffe war der Dolch, beim zweiten Gange wurde das Hemd des Hrn. de la Devansaye zerrissen, beim zweiten wurde Hr. Baume mitten auf die Brust getroffen, ohne jedoch verwundet zu werden. Die vier Scindauten drückten hierauf einstimmig die Ansicht aus, daß das Duell, das gar keine ernsthafte Ursache habe, aufhören müsse.

Wie verlautet, wird die Erziehung des Generals d'Hautpoul als Kriegsminister demnach Statt haben. Es scheint, daß dieselbe bloß aus Rücksicht für den General Changarnier, nach dessen Austritt in der Dotations-Angelegenheit, verschoben worden ist, damit es nicht den Anschein haben sollte, als sei der General d'Hautpoul dem General Changarnier, mit dem er sich bekanntlich schon lange nicht mehr verträgt, wegen des von diesem der Regierung geleisteten Vertrages geopfert worden. Der Präsident der Republik soll sehr geneigt sein, den Brigade-General de Gramont zum Kriegsminister zu machen.

Dem „Pourvoit“ zufolge beziehen sich die Conferenzen, welche der hiesige spanische Gesandte in der letzten Zeit häufig mit dem Minister des Äussern gehabt hatte, auf den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen Spanien, Frankreich und England, um in Zukunft Expeditionen, wie die des Generals Lopez, unmöglich zu machen.

Paris, den 7. Juli. Der siebzehnjährige Buchdruckerlehrling Walker wurde, eines beabsichtigten Attentats auf Napoleon ver-

dächtig, verhaftet. Nach Einigen ist es eine That des Irren, nach Andern ein Produkt von Demokraten, und wieder Andere finden in derselben eine eigenthümliche Beziehung zur beginnenden Presßegesetz-Diskussion. — Das Lager bei Versailles soll 12,000 Mann enthalten und unter das Commando Changarniers gestellt werden. (Sel. Cor. B.)

Großbritannien und Irland.

London, den 5. Juli. In der gestrigen Abend-Sitzung des Unterhauses hatten sich die Mitglieder sehr zahlreich eingefunden und sahen offenbar mit großer Spannung dem Auftreten Lord J. Russell's entgegen. Als dieser an der Barre erschien, herrschte ein lautloses Schweigen, und als er zu sprechen began, nahmen sämtliche Anwesende ihre Hüte ab, was sonst in der Regel nur geschieht, wenn eine königliche Botchaft angekündigt wird. Das Gesicht des edlen Lords war bleich, und seine Miene eben so wohl wie seine Stimme gab die tiefe Bewegung kund, welche ihn beherrschte. Eine ähnliche Rührung drückte sich während des Verlaufs seiner Rede auf den Gesichtern vieler Mitglieder aus, und nicht wenige derselben vergossen Thränen. Eine ergreifendere Scene ist lange nicht im Hause vorgekommen. Lord John sprach Anfangs mit unsicherer, vor Bewegung stockender Stimme, die aber nachher fester wurde und einen Ausdruck großer Wärme annahm, als er die Verdiente und Tugenden seines ausgezeichneten Nebenbüchers pries. Sir, sprach er, ich will das Haus bitten, mir zu erlauben, daß ich diese Gelegenheit benutze, meine Klage über den großen Verlust, welchen wir erlitten haben, mit der des Hauses und des ganzen Landes zu vereinigen. Beim ersten Blicke auf das unglückliche Ereignis ist es unmöglich, nicht von einem erschütternden Gefühl über den Verlust eines Mannes ergriffen zu werden, welcher noch am vorigen Freitag das Haus durch sein Urtheil belehrte, und in einer Weise, wie es ihm geziemte, in einer der wichtigsten Discussionen aufrat, welche je in dem Hause statt gefunden haben, welches er so oft erlentete, unterrichtete und leitete. Es kommt mir oder diesem Hause nicht zu, von der Laufbahn Sir Robert Peel's zu sprechen — ich bin nie in politischer Verbindung mit ihm gewesen; aber noch in jener erwähnten letzten Debatte nahm ich Veranlassung, ihm für die redliche und offene Unterstützung zu danken, welche er der gegenwärtigen Regierung gegeben hatte. Sir Robert Peel sprach in seiner Rede, welche derjenigen vorhing, die ich an das Haus richtete, während er gegen die Regierung sprach, mit einer solchen Mäßigung, mit einer solchen Milde gegen alle diejenigen, welche verschiedene Ansicht von ihm sein mochten, daß es eine Vertheidigung für die Zurückbleibenden sein muß, daß seine letzte Rede in diesem Hause voll von einer solchen Aufrichtigkeit und einem solchen Wohlwollen für alle, die ihn umgaben, war. Es kann, glaube ich, kein Zweifel unterliegen, daß — wie auch die Geschichte über die Weisheit des von ihm eingeschlagenen Weges urtheilen mag — bei zwei großen Gelegenheiten, als er im ungefährten und anscheinend im beinahe vollkommen sichern Besitz der Gewalt war, und als er dem Hause Maßregeln vorschlug, welche seine Gewalt erschütterten und später stürzten, er dazu durch die tiefe Vaterlandsliebe und das tiefe Pflichtgefühl bewogen wurde, welche ihn stets auszeichneten. Von diesen Gelegenheiten will ich nicht sprechen; aber es ist ein Theil seiner Laufbahn, auf welche ich mich kurz beziehen möchte und von dem zu sprechen man mir hoffentlich erlaubt wird, da ich fühle, daß dem Verstorbenen der Tribut gezahlt werden muß, der bisher vielleicht seinen Verdiensten nach nicht gezahlt worden ist. Ich spreche von der Periode zwischen 1832 und 1841. Nach dem Kampf wegen der Reform-Bill stand zu fürchten, daß die, welche sich der Bill widerstellt hatten, da sie von derselben unheilvolle Folgen für das Land erwarteten, sich im Ueberdruss von öffentlichen Kämpfen zurückziehen und dadurch einen Krieg zwischen den einzelnen Klassen möglich machen würden, der ein dauerndes Uebel für das Land gewesen wäre. Ich halte dafür, daß Sir Robert der Mann gewesen ist, welcher einen solchen Kampf verhindert hat. Obgleich er die Reform-Bill bekämpft hatte, sah er der Lage, in welche er gesetzt war, männlich ins Auge; er wandte sich aus Land zu Gunsten der Grundsätze, deren begabtester Vertreiber er war, brachte die verschiedenen Staatsgewalten wieder in Harmonie, und schenkte sich nicht, sich dem Verdict des Volkes über die Maßregeln und Grundsätze, deren Fürsprecher er gewesen war, zu unterwerfen. Der Redner spricht hierauf die Hoffnung aus, daß das Beispiel eines solchen Mannes nicht verloren gehen möge, und sagt, daß die Ruhe und Sicherheit, welche England während der letzten beiden stürmischen Jahre genossen habe, zum großen Theil dem von Peel eingeschlagenen Wege zu verdanken sei. Bei diesen Ansichten, die er für den Verstorbenen hege, sei er bereit, einen Antrag, wenn ein solcher gestellt werde, zu unterstützen, welcher dieselben Ehrenbezeugungen für Peel in Anspruch nehme, die Pitt oder Grattan bei ihrem Tode erwiesen worden seien. Goulburn drückt im Namen der Familie Sir R. Peel's den tiefsten Dank für das Anerbieten des edlen Lords aus, erklärt aber, dieselbe fände sich genötigt, diese größte Ehre, welche das Haus der Gemeinen einem seiner Mitglieder erzeigen könnte, abzulehnen, da Sir R. Peel mehrfach den Wunsch ausgesprochen habe, in der Pfarrkirche von Drayton Bassett ohne irgend welches Gepränge begraben zu werden. Es folgt sodann eine lange Debatte über den für die Gewerbe-Ausstellung zu wählenden Platz. Lord J. Russell erklärt bei dieser Gelegenheit, die Kommissare seien zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Ausstellung entweder in Hyde-Park statt finden müsse, oder überhaupt aus derselben im nächsten Jahre nichts werden könnte.

Belgien.

Brüssel, den 6. Juli. Der „Moniteur“ meldet die Auktionierung des Handelsvertrages zwischen Belgien und dem Zollverein. Der Vertrag, am 1. September 1844 abgeschlossen, tritt mit dem 31. Dezember 1850 außer Kraft, da die belgische Regierung die vom Zollverein vorgeschlagenen Abänderungen nicht vornehmen wollte.

Türkei.

Smyrna, den 21. Juni. (Const. 3.) Der „Impartial“ gibt ausführliche Berichte über die Rundreise des Sultans. In Candia, so wie in allen auf der Insel Kreta gelegenen Orten, die Se. Maj. besuchte, gab sich überall der lebhafte Enthusiasmus kund. Se. H. Abbas Pascha hatte die Ehre, dem Sultan auszuwandern, der die ihm zum Geschenk bestimmte, auf den Schiffswerften von Alerandrien erbaute Schrauben-Dampfschiffe huldreichst annahm. Abbas Pascha schiffte sich am Abend wieder ein, um nach Aegypten zurückzukehren.

Eine interessante Episode dieser Reise fand auf der kleinen Insel „Simi“ statt. Der Sultan hatte dort beilegen lassen, und sich in Begleitung einiger Paschas aus Land begeben, um ein Dorf zu besuchen, in welchem er jedoch von Niemandem empfangen wurde, da die armen Bewohner des Ortes des Besuches nicht gewartig waren. Die

ganze arbeitsfähige Bevölkerung war mit dem Aufsuchen von Meer schwämmen beschäftigt, und nur einige zurückgebliebene Greise konnten Sr. M. Versicherungen der Treue und Ergebenheit darbringen. Der Sultan empfing sie sehr freundlich, und ließ ihnen zum Besten ihrer Gemeinde 20,000 türkische Piaster auszahlen. Später kamen Frauen und Kinder dazu; diese Leute sangen eine Hymne zu Ehren St. Majestät. Der Sultan hatte in Erfahrung gebracht, daß diese Kinder sehr gute Schwimmer seien, und sie gefragt, ob sie vom Ufer bis zu seinem Dampfer schwimmen könnten. Die Kinder versicherten, wohl noch viel weiter schwimmen zu können, und umgaben auch bald den Taif, wohin sich der Sultan bereits begeben hatte. Plötzlich verschwanden sie alle zugleich in den Wogen, blieben so lange unter dem Wasser, daß Sr. M. bereits Besorgnis äußerte, und erschienen dann plötzlich wieder, Muscheln in den Händen haltend, die sie vom Meeresgrund geholt hatten, und laut ausruhend: „Es lebe der Sultan! Dieser, den das kleine Abenteuer sehr ergötzt, ließ die kleinen Schwimmer an Bord kommen und bewirthen, und bestimmte übrigens die Summe von 8000 türkischen Piastern, wofür sie sämmtlich neu gekleidet werden sollten. Den armen Bewohnern von Simi wird dieser Tag gewiß unvergänglich bleiben.

Auch in Chios war der Empfang der glänzendste. Unter Kanonenbonnen und Militärmusik stieg der Sultan, den fast die gesamte Bevölkerung der Insel am Landungsplatz erwartete, ans Land. Dem Militär zunächst standen der griechische Klerus und fünfzehn weißgekleidete Kinder mit Olivenzweigen; hinter diesen die Kinder der jüdischen Bevölkerung, von ihren Rabbinen geführt. Sowohl der türkische Gouverneur der Insel, Hussein Bei, als der griechische Ephorus, die den Sultan beim Ausschiffen empfangen hatten, hielten Weihrauchsgefäße in den Händen, von den Terasse der Moschee erklang das jauchzende Rufen der muslimischen Jugend. Das Ufer, an welchem Sr. M. ans Land gestiegen, war mit Bögen aus Myrrhenzweigen überwölbt, und mit rotem Tuche bedeckt, auf welches Nosen gesprent waren.

Im Zentrum der Stadt empfingen hundert weißgekleidete griechische Mädchen, welche Lorbeer- und Olivenzweige hielten, den Sultan mit einem Hymnus in griechischer Sprache. Sr. M. verfügte sich hierauf in die Kathedrale, wo ein Te deum abgehalten, und eine passende Predigt gesprochen wurde. Über dem Hause des Gouverneurs, welches der Sultan während seines Aufenthaltes auf Chios bewohnte, war nachstehende Inschrift angebracht: „Die Gerechtigkeit des Sultans ist beispiellos auf Erden!“

In Smyrna, wo der Sultan am 22. Juni erwartet wird, werden die großartigsten Vorbereitungen zu dessen Empfang getroffen.

Locales 2c.

Posen, den 10. Juli. Gestern strömte auf dem Kochusfort ein Gerüst ein, wodurch drei Männer starb, aber nicht lebensgefährlich, beschädigt wurden, ein Fall, der bei dem hiesigen Festungsbau nur selten vorgekommen.

Man spricht unter dem hiesigen Militair viel von einem Garisonwechsel (?), wozu eine Neuordnung des Herrn Kriegsministers Veranlassung gegeben haben soll.

Aus dem Fraustadtter Kreise, den 8. Juli. Heute begann hier die zweite Saison der diesjährigen Schwurgerichtssitzungen. Als Präsident des Gerichtshofes fungirte wiederum der Geheim- und Appellationsgerichts-Rath v. Sieghardt aus Posen; die übrigen Mitglieder des Gerichtshofes sind: Direktor Hänelt und Professor v. Diepenbrock von der Kreisgerichts-Deputation aus Fraustadt, und die Obergerichts-Professoren v. Heusing und Göbel vom Kreisgerichte hier selbst. Die öffentliche Anklagestelle war vertreten durch den Staats-Anwalt Schottki. Von den auswärtigen Geschworenen, die einberufen worden, fehlten etwa 15 aus den Kreisen Kosten, Kröben und Fraustadt, die durch Stellvertreter aus dem hiesigen Orte ersetzt werden mussten.

In der ersten Sitzung wurde über den mehrfach bestraften Verbrecher Joseph Nowak aus dem Kostenkreise verhandelt. Derselbe hatte sich kurz vor Eröffnung der ersten diesjährigen Schwurgerichtssaison aus dem hiesigen Gefängniß zu befreien gewußt, und ist erst nach dem Schluss derselben wieder gefänglich eingebrochen worden. Fünf Anklagen wegen Diebstahls lagen gegen den Angeklagten vor. Obwohl dieser hartnäckig leugnete, so waren dennoch die Indizienbeweise zu klar und einleuchtend, und die Aussagen der Belastungzeugen zu gravirend gegen denselben, als daß die Bemühung seines Vertheidigers, des hiesigen Rechtsanwaltes Stiebler, die Anklage hätte entkräften können. Die Geschworenen sprachen in allen fünf Anklagen auf Grund der ihnen vorgelegten Fragen das Schuldig, worauf die Staatsanwaltschaft in Betracht der vorangegangenen mehrfachen Bestrafung des Angeklagten durch Zuchthaus, seines freien Leugnens früherer Aussagen, und seiner inneren sittlichen Verwahrlosung auf Grund der vorliegenden, erwiesenen Diebstähle, deren einer mit gewaltsamem Einbruch verbunden, die anderen von größerer und geringerer Bedeutung waren, eine 25jährige Zuchthausstrafe beantragte. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 20 Jahren, zur polizeilichen Detention bis zur Besserung und dem Nachweis eines redblichen Erwerbes, ferius zum Verlust der Preußischen Nationalokarde und zur Tragung der Kosten.

In der zweiten Sitzung, die nach einstündigem Vertagung um 4 Uhr Nachmittags begann, stand der Schuhmacher Malinski aus Kröben vor den Schranken des Gerichts, angeklagt, der Beschädigung fremden Eigenthums aus Muthwillen und Bosheit. Der Infulpat hat das Wohngebäude der Stiefmutter seiner Ehefrau mit einer Art und anderen zerstörenden Werkzeugen der Art demolirt, daß es in Folge dessen von seinen Bewohnern verlassen werden mußte. Der verursachte Schaden ward auf circa 17 Thaler berechnet. Die Zeugen befinden jedoch gleichzeitig, daß sich der Angeklagte bei Ausübung der That in trunkenem Zustande befunden. Das Verdict der Geschworenen lautete trotzdem auf schuldig und der Gerichtshof verurtheilte ihn zu einer dreimonatlichen Zuchthausstrafe.

Zwei sehr interessante Verhandlungen stehen uns für die nächsten Tage bevor, die eine in der Präzess-Verhandlung gegen den Buchdrucker Stefanik aus Posen, der den dortigen Rechtsanwalt Krauthofer zum Vertheidiger bestellt haben soll; die zweite gegen den Bürgermeister Daun aus Bentzien wegen Majestätsbeleidigung. Beide sind durch das Obertribunal dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung überwiesen.

Bromberg, den 8. Juli. Der berühmte chinesische Missionar Dr. Gyslaff, welcher in der letzten Zeit die Provinz Preußen bereist hat, wird heute hier erwartet, worauf er dann noch heut Abend in der hiesigen evangelischen Kirche predigen wird. Der Consistorial-

Rath Romberg nahm gestern am Schluß seiner Predigt Gelegenheit, dies seiner Gemeinde anzuseigen und sie zu der Gastpredigt des berühmten Missionärs einzuladen. Wahrscheinlich wird der Genannte von hier seine Reise nach Posen fortsetzen, um auch dort seine interessanten Bemerkungen über den Stand des Christenthums in Asien, besonders aber in Japan und in China, persönlich mitzutheilen. — Bereits seit längerer Zeit geht man mit dem Projekt um, die Brahe von der sogenannten Stadtschleuse an bis nach der Weichselniederung gerade zu legen, wobei denn die Anlage von 2 Schleusen erforderlich werden würde. In neuester Zeit hatte man sogar die Absicht, einen ganz neuen Kanal, etwa parallel dem alten Brahebett, bis zur Weichsel zu graben; selbige soll aber wegen den bedeutenden dazu nötigen Kosten aufgegeben sein. Der Ausführung des ersten Projekts dagegen steht man zuversichtlich entgegen; es soll jedoch noch abgewartet werden, welchen Einfluß die Eisenbahn auf den Schiffsvorkehr ausüben wird.

Musterung polnischer Zeitungen.

Der Goniec Polski spricht in No. 6. über den Frieden, der zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossen ist, und sagt unter Anderem: Es ist unzweifelhaft, daß Preußen den Frieden nicht nur in seinem eigenen Namen, sondern auch im Namen des Deutschen Reiches geschlossen hat; ob aber des alten Reiches, das schon zur Hälfte tot ist, oder des neuen, das noch nicht ganz ins Leben getreten ist, vermögen wir nicht mit Gewissheit zu sagen. Indes rüft sich Schleswig-Holstein bis über die Ohren und fordert den Dänen leck heraus. Wenn wir den Prähserien der Deutschen Zeitungen Glauben schenken sollen, so sind die vereinigten Herzogthümer zu einem hartnäckigen Kampfe entschlossen, und wollen das, was vor zwei Jahren das ganze Deutschland gegen das kleine Dänemark nicht durchzuführen vermochte, mit eigenen Kräften nicht bloß gegen Dänemark, sondern auch gegen die Mächte, welche dasselbe unterstützen, durchführen. Wir glauben diesen Prähserien nicht, wiewohl wir zugeben, daß es in den nächsten Tagen bei der Besetzung Schleswigs durch die Dänen wirklich zum Blutvergießen kommen kann.

Der uns bekannte Name des Schleswig-Holsteinischen Obergenerals, Herrn v. Billisen, bürgt uns dafür, daß derselbe sich mit ganzer Seele und ohne alle Falschheit der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der beiden Herzogthümer hingeben wird, so wie er es im Jahre 1848 mit der nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen wirklich aufrichtig meinte.

Gleichzeitig drücken fast alle Deutschen Zeitungen ihr Staunen und ihre Entrüstung über den Friedensabschluß aus, der Schleswig dem verhassten Dänen als gute Beute überließ. Diese Deutschen sind doch wunderliche Leute! Den Grundsatz haben sie angenommen, aber die Folgerungen daraus wollen sie verwerfen. Von der Slavischen Freiheit wollten sie damals nichts wissen, dafür bekommen sie jetzt die Slavische Freiheit zu kosten. Die historische Nemesis bleibt nie aus, sie wird auch über Deutschland schrecklich und bald hereinbrechen. Nicht zum letzten Male haben die Deutschen in ihrer Politik mit den konservativen Kräften etwas bekommen, — sie werden noch lernen, daß sie für jeden Sieg danken und dem Konservativen die Hand küssen müssen.

Es scheint, daß die vor einiger Zeit durch einen Correspondenten der Deutschen Posener Zeitung ausgestreute Fabel von der Tötung eines Knabens in der Schule durch einen Geistlichen und der darauf erfolgten Ermordung dieses Geistlichen durch den betriebenen Vater, dazu bestimmt ist, eine Wanderung um die Welt zu machen; denn heute steht dieselbe Erzählung Wort für Wort schon wieder in dem „Czas“ mit der einzigen Aenderung, daß die That nicht im Posenschen, sondern in Wadowice geschieht, und daß die erste Ursache dieser Tragödie diesmal nicht ein Hund, sondern ein Putzhahn ist. Sollte indeß die Erzählung des Czas eine wirkliche Thatfache sein, so wäre es doch wahrlich ein wunderbarer Zusammenspiel von Umständen, daß eine vor 3 Wochen erdichtete Fabel sich jetzt wirklich bewahrheiten müßte.

Warschau, den 5. Juli. Es wird für die Bekannten Karl Rupprechts eine angenehme, in den hiesigen Zeitungen zur Kenntnis gebrachte Nachricht sein, daß der Kaiser auf die Vorstellung des Feldmarschalls Paszkiewicz, seine Strafe schwerer Arbeit in Sibirien, wo hin Rupprecht im Jahre 1846 für seine Vertheidigung an den damaligen Bewegungen verbannt war, auf 5 Jahre verkürzt hat.

Skizzen aus Belgien.

Belgiens Thron ist bei den Stürmen des Jahres 1848 unerschüttert geblieben trotz aller Verschwörungen und Verlockungen. Aber man würde sehr irren, wenn man meinen wollte, Belgien hätte nicht seine ebenfalls tiefanregenden Parteien. Diese herrschen in Belgien, wie jetzt in allen Ländern Europa's, nur sind sie anders gefärbt und auch ihrem Ursprunge nach anderer Natur, als in den meisten anderen Staaten. — Es ist eine weit verbreitere, aber ganz falsche Vorstellung, Belgien für französisch, für eine Art Provinz von Frankreich zu halten. Die Bevölkerung Belgiens sieht sich fast zu gleichen Hälften in Abkömmlinge des Germanischen Stammes und in Abkömmlinge des Romanischen; jene sind die Flämänder, diese die Wallonen. Beide Stämme stehen sich in jeder Beziehung schroff einander gegenüber. Schon ihre physische Beschaffenheit unterscheidet sie auf den ersten Blick von einander. Noch geschildeter aber stehen beide Stämme da durch die Verschiedenheit der Sprache. Die Flämänder sprechen Flämisch, also eine Germanische Mundart, die Wallonen Wallonisch, also eine Romanische Mundart. Beide Mundarten liegen wie zwei Pole auseinander. So geht also eine nationale Zwiespältigkeit durch das ganze Volk und Land, und diese hat nicht ohne Einfluß bleiben können auf den Staat. Da nämlich weder die Flämische noch die Wallonische Sprache eine Literatur haben, da der Flämänder eben so schwer von dem Deutschen, wie der Wallone schwer von dem Französischen verstanden wird, und da die beiden Nationalitäten in ihren Nationalsprachen selber einander unverständlich sind, so galt es bei der Gründung des Belgischen Staates, eine der ausgebildeteren Europäischen Sprachen, die zugleich sich leicht an eine der herrschenden Nationalitäten anschmiegt, als allgemein vermittelnde Sprache zu wählen und anzunehmen. Nun war die Bewegung, in deren Folge Belgien ein unabhängiger Staat wurde, von Frankreich ausgegangen. Franzosen hatten schon lange vor dem Jahre 1830 auf den vornehmesten und gebildetsten Theil der Wallonischen Bevölkerung eingewirkt und daselbst die Französische Sprache so heimisch gemacht, daß sie als die Sprache der Gebildeten überhaupt galt, Belgien hatte schon während des Kaiserreichs zu Frankreich gehört, Französische Emigrés arbeiteten im Jahre 1830 an allen Punkten Belgiens, die Revolution selbst war gegen Holland, dessen Sprache mit der Flämischen nur dialektisch verschieden ist, gerichtet — was also natürlicher, als daß die Französische Sprache zur StaatsSprache erhoben und gesetzlich festgestellt wurde, daß in allen Theilen des Landes die Sprache aller Bevölkerung die Französische sein solle. Das war ein harter Schlag für das German-

nische Element, war eine Ungerechtigkeit gegen die Flämänder, die früher oder später einen Rückschlag erzeugen mußte. Indes in den ersten Jahren nach der Belgischen Revolution wurde jeder Versuch zur Hebung der Flämischen Sprache politisch verdächtigt, es wurde darin eine Begünstigung holländischer Parteibefreiungen gewittert, wohl gar ein Versuch, den Thron Leopolds zu stürzen und das Haus Oranien zurückzuführen. Davon waren die Flämänder in der That weit entfernt. Sie wollten dieselbe politische Unabhängigkeit wie die Wallonen, sie wollten eben so wenig, wie diese, die Rückkehr der Holländischen Herrschaft, denn sie sind strenggläubige Katholiken und die Holländer sind strenggläubige Protestanten. Aber ihre Nationalität wollten sie nicht vernichten lassen. Als sie daher den Thron Leopolds fest gegründet und die Unabhängigkeit des Belgischen Staates ungefährdet wußten, da fingen sie an, die unverjährbaren Rechte ihrer Nationalität in Bezug auf ihre Sprache geltend zu machen. Sie stellten bei der Volksvertretung das Verlangen, in den Flämischen Landesteilen die Flämische Sprache als StaatsSprache gelten zu lassen, in den Schulen sie von Staats wegen zu lehren. Aber sie drangen mit ihren Anträgen, wie oft sie auch wiederholten, nicht durch. Daher suchten die Verfechter der Flämischen Nationalität in anderer Weise zu wirken. Sie suchten die Flämische Sprache zu einer Schriftsprache zu erheben und hierbei traten die aufopferndsten lobenswertesten Bestrebungen an den Tag. Man behandelte die Sprache wissenschaftlich, man gründete Zeitschriften politischen und allgemeinen Charakters, namentlich aber suchte man durch unmittelbar in's Volk gehende Schriften zu wirken, Gebetbücher, Gedichte, Romane, Erzählungen. Und dabei zeigten sich schöne Kräfte; wer kennt nicht H. Conscience? Doch ist er nicht der Einzige, neben ihm stehen noch andere herrliche Talente, wie der Laet, van Hasselt, Ledeganck u. v. a. Ihre Wirksamkeit dauert auch jetzt noch fort. Leider werden sie auf politischem Gebiete jetzt um so weniger erreichen, als die politische Parteiung auch bei ihnen jetzt Wurzel geschlagen hat, so daß ihre Kräfte zerstört und nicht nach einem Ziele hin gerichtet werden. Dabei hat man auf Französischer Seite es immer noch nicht aufgegeben, die Flämische Sprachbewegung politisch zu verbürgen und da es mit Holland jetzt nicht mehr Glauben findet, hat man andere Mittel aufgesucht und sich z. B. nicht entblödet, Preußische Intrigen darin zu wittern, daß der frühere Preußische Gesandte in Brüssel, Baron v. Arnim, auf ein Exemplar einer Flämisch geschriebenen Zeitung abonnirt hatte!

Theater.

Die Becker'sche Künstlergesellschaft setzt ihre Darstellungen auf unserem Theater unter dem größten Beifall aller Kunstsiebhaber fort. Auch am Dienstag war das Haus wiederum fast in allen Rängen gut besetzt, und der Applaus, welches sich die Bilder des neuen Cylus erfreuten, war möglichst noch lebhafter und enthusiastischer als bisher. Ref., welcher die berühmtesten Darsteller lebender Bilder zu sehen Gelegenheit gehabt, muß gestehen, daß er doch vor allen den Becker'schen Gruppen den Vorzug ertheilt, da diese in der Anordnung fast durchgängig künstlerisch vollendetes bieten. Man vergißt, daß es lebende Wesen sind, welche die Gruppen bilden, die klassische Ruhe, die Schönheit, ausdrucksvolle Gesichter, die ebenmäßig geformten Gestalten gewähren jenen erhaltenen, von jedem sinnlichen Beigeschmack freien Kunstgenuss, den dem Kenner das Studium einer antiken Statue gewährt. Anstand und Schicklichkeit sind dabei, hier wenigstens, in einer Weise gewahrt, daß Niemand Bedenken tragen darf, sich dem Genüsse dieses plastischen Schauspiels hinzugeben. — Die neue Folge der Bilder bietet manchen Vorzug vor der früheren durch den größeren Aufwand von Darstellern, wodurch hier und da der harmonische Gesamtindruck gefördert wird, wenngleich es nicht zu langen ist, daß wir gerade bei Gruppen von wenigen Personen am leichtesten zum Bewußtsein des Kunstgenusses kommen. Als besonders gelungen möchten wir „Diana und ihr Gefolge“ (nach Pietro di Cortona), die „Vermählung Amors mit Psyche“ (nach Pompeyo Batoni), und das Schlußbild: „der Olymp“ bezeichnen, in welchem letztere namentlich die Gestalten der Venus und Diana mit Recht die allgemeinsten Bewunderung finden. Es liegt in der Natur des Genusses, welchen diese Darstellungen gewähren, daß jeder Freund der Kunst und überhaupt des absoluten Schönen von ihnen immer von Neuem angezogen wird, denn mit jedem Male wächst das Verständnis und die Beifriedigung. Bei dem Mangel an wahrhaften Kunstgenüssen in unserer Stadt ist es daher sehr erfreulich, daß Herr Becker noch einige Vorstellungen geben wird, wobei derselbe zugleich, wie wir erfahren, seine nach allen uns vorliegenden Berichten ganz eigenhümlichen und vortrefflichen Wandbilder und Chromatopen produciren wird. Wir zweifeln nicht daran, daß das Publikum sein Interesse an den Becker'schen Kunstleistungen durch recht zahlreichen Besuch bethalten wird. — Das am Dienstag zu den lebenden Bildern gegebene, neue Lustspiel: „Dieses Landhaus ist zu vermieten“, wurde von den Herren Pfuntner, Heinrich, Karsten und Fr. Brandenburg sehr brav dargestellt und erndete Dank ihren Bemühungen sogar vielfachen Applaus. Sonst ist dasselbe nur ein ganz simples Machwerk, mit platter Intrige, schlüpfigen Wendungen und ohne komische Kraft. Herr Krafft wußte sich in seiner kleinen Partie als Gärtner in seiner bekanntesten und beliebtesten Weise geltend zu machen.

Kunst-Notiz.

In der Beilage zu Nr. 154 der Spener'schen Zeitung findet sich folgende Kritik über unseren jungen Landsmann, den Violinisten Grunwald, dessen Leistungen wir bereits bei seinem Auftreten hier selbst im vergangenen Winter als zu den besten Hoffnungen berechtigend bezeichnet haben:

Berlin. In der Versammlung des Tonkünstler-Vereins am 4. wurden einige junge Künstler auf das Vortheilhafteste eingeführt. Wir stehen nicht an, namentlich auf einen Violinisten das Augenmerk aller Kenner zu richten, welcher schon jetzt das Außerordentlichste leistet, und bei seiner Jugend zu noch Größerem berechtigt. Es ist dies der kaum sechzehnjährige Violinist Grunwald, Sohn des Kreiswundarztes Grunwald in Posen, ein Schüler Mildner's am Conservatorium zu Prag. Sein talentvoller Namensvetter, der aus vielen Leistungen rühmlichst bekannte Herr Grunwald, hat in ihm einen Doppelgänger gefunden, und wird beantragen müssen, daß man auf den Umlaut achte. Bériot, Ernst, Jo Biertemps haben wir von spielenden Kindern überwinden sehen. Schwierigkeiten, welche jene, als Meister ihrer Kunst, sich selber bereitet, sind den Schlangen vergleichbar, mit denen Hercules, das Kind, in der Wiege tändelt. Aber was der geniale Pole Lipinski erfaßt, und nichts übertrifft an Schwierigkeit sein Concert militaire (Op. 21.) — das konnte er stolz sein Eigen nennen, und Wenige haben es ihm angetastet. Siehe da — jetzt ist es dieser junge Mann, der sich heranträgt und

unbefangen, wie die Jugend ist, „mit festem Schritte nimmt er den Handschuh mit lecken Finger“. Die nächste Saison wird weitere Gelegenheit bieten, auf seine Leistungen einzugehen.

Berantw. Redakteur: G. C. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 10. Juli.

Bazar: Gutsb. Niegolewski a. Niegolewo; Probst Koperski a. Dolzig; Königl. Kammerherr Baron v. Schwanenfeld a. Kobelnik; die Kaufs.

Rosenberg a. Düsseldorf, Baum u. Ollendorff a. Rawicz; Kreisger.-Direkt. Pratsch a. Pleschen; Student v. Löbecke a. Pforte.
Hôtel de Dresden: Rentier Vöhn a. Berlin; Kreis-Richter Damm a. Rawicz; Gymnastallehrer Mertens a. Ostrowo.
Lau's Hôtel de Rôme: Die Kaufs. Baugrath a. Magdeburg u. Frau Württemberg a. Königsburg in Pr.
Schwarzer Adler: Gutsb. v. Okoniewski a. Gnesen.
Hôtel à la ville de Rôme: Gutsb. v. Moszczynski a. Jeziorki; Probst Braniński a. Tarnow; Gutsb. v. Raczyński a. Chwałkowo.
Hôtel de Berlin: Gutsb. Swinarski a. Buczkowo; Inspektor Kretschmar

a. Rybno; Frau Prediger Nöhl a. Witkowo; Prediger Tarnowski a. Inowraclaw; Dekonom Bamberger a. Bronke; Partik. Marchowski a. Birnbaum.
Im Eichborn: Die Kaufs. Alexander u. Schwarz a. Pleschen; Geschäftsr. Wertheim a. Krotoschin; Comptoirist Goratowski a. Löbau.
Im Eichkranz: Gutsb. Suchorzewski a. Dalabułski; Kaufm. Klein a. Coburg.
Große Eiche: Gutsb. Baborowski aus Jakowce; Probst Malecki aus Winnagora.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Bosen.

Berliner Börse und Getreide-Markt vom 9. Juli 1850.

Wechsel-Course.

	250 Fl.	Kurz	Brief.	Geld.
Amsterdam	250 Fl.	2 Mt.	140 $\frac{1}{2}$	140 $\frac{1}{2}$
do.	250 Fl.	—	140 $\frac{1}{2}$	140 $\frac{1}{2}$
Hamburg	300 Mk.	Kurz	150 $\frac{1}{2}$	150 $\frac{1}{2}$
do.	300 Mk.	2 Mt.	—	6 23 $\frac{1}{2}$
London	1 Lst.	3 Mt.	—	—
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80 $\frac{1}{2}$	79 $\frac{1}{2}$
Wien in 20 Xr.	150 Fl.	2 Mt.	84 $\frac{1}{2}$	84 $\frac{1}{2}$
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102	101 $\frac{1}{2}$
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	—	99 $\frac{1}{2}$
Leipzig in Courant im 14 Thlr. Fuss	100 Thlr.	8 Tage	99 $\frac{1}{2}$	—
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56	56
Petersburg	100 SRbl.	3 Wochen	107 $\frac{1}{2}$	16

Inländische Fonds, Pfandbrief- und Geld-Course.

Zf	Brief.	Geld.	Gem.	Zf	Brief.	Geld.	Gem.
Preuss. Freiw. Anl. 5	107	106 $\frac{1}{2}$		Pomm. Pfandbr. 3 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$	95	
St. Schuld-Scheine 3 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{2}$		Kur- u. Nm. Pfdr. 3 $\frac{1}{2}$	96	95 $\frac{1}{2}$	
Seeh.-Präm.-Sch. —	104 $\frac{1}{2}$	—		Schlesische do. 3 $\frac{1}{2}$	—	95	
K. u. Nm. Schuldtv. 3 $\frac{1}{2}$	—			do. Lt. B. gar. do. 3 $\frac{1}{2}$	—		
Berl. Stadt-Obl. 5	104 $\frac{1}{2}$	104 $\frac{1}{2}$		Pr. Bk.-Anth. Sch. —	99	—	
do. do. do. 3 $\frac{1}{2}$	85	84 $\frac{1}{2}$		Oberschl. Lit. A. 3 $\frac{1}{2}$	107	bz.	
Westpr. Pfandbr. 3 $\frac{1}{2}$	90 $\frac{1}{2}$	—		do. Lit. B. 3 $\frac{1}{2}$	104	G.	
Gross. Posen do. 4	100 $\frac{1}{2}$	—		Cosel-Oderberg 4	3 $\frac{1}{2}$	72 G.	
do. do. 3 $\frac{1}{2}$	91	—		Breslau-Freiburg 4	—	—	
Ostpr. Pfandbr. 3 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$		Krakau-Oberschl. 4	5	69 $\frac{1}{2}$ bz. u. G.	
				Niederschl.-Märk. 4	—	41 $\frac{1}{2}$ B.	
				do. Zweigbahn 4	3 $\frac{1}{2}$	83 $\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{2}$ bz.	
				Magd.-Wittenb. 4	—	59 $\frac{1}{2}$ bz.	
				Ausländische Actien.			
				Friedr. Wilh. Nrd. 4	—	41 $\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{2}$ bz.	
				do. do. Prior. 5	—	98 $\frac{1}{2}$ bz. u. B.	

Ausländische Fonds.

Russ. Stieg. 2. 4. A. 4	93 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	Poln. Pfdr. a. a. C. 4	96 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$
do. v. Rothsch. Lst. 5	109 $\frac{1}{2}$	—	do. neue Pfdr. 4	96 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$
do. Engl. Anleihe 4 $\frac{1}{2}$	—	97 $\frac{1}{2}$	do. Part. 500 Fl. 4	81	80 $\frac{1}{2}$
do. Poln. Schatz-Ö. 4	80 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	do. do. 300 Fl. —	—	131 $\frac{1}{2}$
do. do. Cert. L. A. 5	95 $\frac{1}{2}$	94 $\frac{1}{2}$			

Schluss - Course von Cöln-Minden 96 $\frac{1}{2}$ G. Preuss. Bank-Anth. 98 $\frac{1}{2}$ bz.

Stadttheater zu Posen.

Donnerstag, den 11. Juli. Gastvorstellung des Herrn Professor Becker aus Berlin. Zum ersten Male: Neues Diaphanorama, Dissolving views (Wandelbilder), gemalt von den berühmtesten englischen und französ. Künstlern, beleuchtet mit Hydro-Drygen-Gas. Die in dieser Vorstellung vorkommenden 15 verschied. Tableaux wird der betreffende Theaterzettel speziell angeben. — Hierauf zum Schlus der optischen Produktionen: Chromatopen (in 30 Verwandlungen), neue, umfangst in der Polytechnik zu London erfundene optische Experimente, welche an Wechsel der Bilder, Mannigfaltigkeit der Bewegungen und Farbenpracht alles bisher in diesem Genre producire übertrifffen. — Zum Schlus: Akademie lebender Bilder, in 9 Tableaux, ausgeführt von der ganzen Gesellschaft. — Vorher: Der Räuberhauptmann, oder: Ich irre mich nie. Lustspiel in 1 Akt von Lebrun. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Die gestern erfolgte Entbindung meiner Frau von einem gesunden Knaben beeche ich mich hierdurch ergebenst anzugezeigen.

Posen, den 10. Juli 1850.

Wiebig, Reg.-Rath.

Statt jeder besondern Anzeige:

Cäcilie Falk Fabian.
Louis Merzbach.
Verlobte.

Nachruf.

Unser allgemein geachteten und vielgeliebten Freunde und Kollegen, dem von hier an das Königliche Kreisgericht zu Schrimm versetzten Depositall-Rendanten und Calculator Gabel, rufen wir ein herzliches Lebewohl nach, mit dem innigen Wunsche des besten Wohlergehens in seiner neuen Heimat und der aufrichtigen Versicherung, daß uns die Stunden seiner Abschiedsfeier, in welchen der Würdige zuletzt noch in unserer Mitte weilte, unvergesslich bleiben werden.

Krotoschin, den 6. Juli 1850.

Die Beamten des Königl. Kreis-Gerichts.

Die bisher interimistisch verwaltete Kreis-Chirurgie-Stelle des Pleschener Kreises soll auf Anordnung des Königlichen Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten anderweitig besetzt werden.

Die Wundärzte erster Klasse, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben sich deshalb binnen 4 Wochen bei uns zu melden und ihren Bewerbungs-Gesuchen ihre sämtlichen Qualifikations-Atteste ur-schriftlich oder in beglaubigter Abschrift mit der Anzeige beizufügen, ob und in wie weit sie der Polni-schen Sprache mächtig sind.

Posen, den 5. Juli 1850.

Königl. Regierung. Abtheil. des Innern.

Offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850 eine offentliche Vorladung.

Die beiden in Mednitz geborenen Söhne des Wassermüller Johann Christoph Schade und seiner Ehefrau Anna Elisabeth Schade ge-

benen am 10. Juli 1850